

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Oberdeutsche Zeitung. 1841-1843 1841

35 (4.2.1841)

Oberdeutsche Zeitung.

Die Oberdeutsche Zeitung erscheint täglich, und wird in Karlsruhe als Abdruckblatt ausgegeben. Der jährliche Abonnementpreis beträgt 6 R., wozu bei dem Bezug durch die Post noch die Expeditionsgelühren kommen. Man abonnirt in Karlsruhe bei der Expedition des Blattes (H. Braunsche Buchhandlung), für auswärts bei den betreffenden Postämtern.

Die großherzogliche Oberpostamt-Zeitungsverwaltung in Karlsruhe hat die Hauptredaktion übernommen. Für Frankreich abonnirt man bei Herrn Alexander, Grandgasse Nr. 28, in Straßburg. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum einer dreispaltigen Zeitspalte mit 3 R. (bei dem zweiten und jedem folgenden Abdruck mit 2 R.) berechnet.

Karlsruhe.

Donnerstag, 4. Februar

1841

Grundzüge des preussischen Wehrsystems.

II.

Ueber das beim freiwilligen Eintritt in das Heer zu beobachtende Verfahren gelten folgende Bestimmungen:

1) Alle freiwillig eintretenden jungen Leute sind berechtigt, die Waffengattungen selbst zu wählen, bei denen sie dienen wollen; jedoch sind hauptsächlich die Jäger- und Schützenbataillone für diejenigen Freiwilligen bestimmt, die sich selbst kleiden und bewaffnen können.

2) Bei den Garderegimentern findet keine eigene Annahme von Freiwilligen statt, vielmehr werden die sich zum Dienste bei den Gardes meldenden Freiwilligen ausschließlich an das Garde-Schützenbataillon gerufen.

3) Diejenigen Freiwilligen, welche sich selbst ausrüsten, können Solches auf zweifache Art bewirken: entweder so, daß sie ihre Kleidung, Waffen, und sämtliche Ausrüstungsgegenstände mitbringen, oder der Truppenabtheilung, bei der sie eintreten, eine nach den Bedürfnissen berechnete Geldsumme zahlen, wofür ihnen alle Gegenstände vollständig und neu verabreicht werden. Die desfalligen Zahlungssätze sind weiter unten nach den verschiedenen Waffengattungen und den Truppentheilen genau festgesetzt, und bei der Reiterei ist darunter zugleich der Werth des Pferdes mit berechnet.

4) Wenn ein Freiwilliger seine Bekleidung, Waffen, und Lederzeugstücke u. selbst mitbringt, oder durch eigene Beforgung bei den Truppen anschafft, so geschieht Dieses in so weit auf seine Gefahr, daß, wenn diese Gegenstände nicht vorschriftsmäßig angefertigt seyn sollten, sie vom Regimente nicht angenommen werden dürfen.

5) Ein Freiwilliger bei der Reiterei, welchem seine Verhältnisse es wünschenswerth machen, sein eigenes Pferd mitzubringen, muß solches der Beurtheilung unterwerfen, ob es auch völlig dazu brauchbar ist, und die nach der gewählten Gattung der Reiterei vorgeschriebene Größe hat, widrigenfalls es nicht angenommen werden kann.

6) Wenn ein Freiwilliger seine eigene Equipirung nicht durch Mitbringung der Gegenstände in natura, sondern durch Erlegung der baaren Anschaffungskosten bewirkt, so geschieht Dies nach folgenden Sätzen: *)

a) Bei dem Garde-Jägerbataillon wird bezahlt	58 Thaler
b) Bei jedem andern Jägerbataillone	54 "
c) Beim Garde-Schützenbataillon	56 "
d) Bei jedem der übrigen Schützenbataillone	50 "
e) Bei einem Muskettierbataillon	43 "
f) Bei einem Füsiliersbataillon	42 "
g) Bei der Fußartillerie	42 "
h) Bei dem Pioniercorps	42 "

*) Die ungetraden Ueberwürste von Grieschen und Besenigen bei diesen Anzügen sind hier, als für den Zweck unserer Uebersicht unwesentlich, weggelassen worden.

i) Bei einem Kürassierregiment	214 Thaler
k) Bei einem Dragonerregiment	185 "
l) Bei einem Husarenregiment	179 "
m) Bei einem Uhlanenregiment	178 "
n) Bei der reitenden Artillerie	175 "

Hiebei sind die Pferde mitgerechnet, nach der vorgeschriebenen Größe.

7) Sämmtliche Ausrüstungsgegenstände, mit Einschluß des Dienstpferdes bei der Kavallerie, bleiben unbestreitbares Eigenthum des Freiwilligen, und derselbe kann nach Beendigung seiner aktiven Dienstzeit willkürlich darüber disponiren.

8) Die Annahme der Freiwilligen und die Bewilligung der ihnen zugesicherten Vorrechte hat vorzüglich den Zweck, jungen Leuten aus den gebildeten Ständen die sich den Wissenschaften und einer höhern Ausbildung widmen, eine zweckmäßige Vereinigung ihres weitem Studiums mit ihrer zu lösenden Verpflichtung zum aktiven Militärdienst möglich zu machen. Unter dem hier bedingten Grad von Bildung wird eine solche wissenschaftliche Vorbereitung verstanden, die einen jungen Mann zum Eintritt in die höhern Klassen eines Gymnasiums eignet.

9) Diejenigen Jünglinge, welche ihren Unterricht auf einem Gymnasium empfangen, müssen zur Beglaubigung ihrer, bis zu dem im vorhergehenden Paragraphen bezeichneten Grad gewonnenen wissenschaftlichen Ausbildung die Zeugnisse der Schulanstalten, diejenigen jungen Leute aber, welche ihre Unterweisung auf einem andern Wege gewonnen, die Atteste ihrer Lehrer beibringen, oder sich je nach Umständen der Prüfung von Sachverständigen unterwerfen.

10) Die Anmeldung zum freiwilligen Eintritt in den Dienst geschieht entweder schriftlich oder persönlich bei dem Kommandeur des Regiments oder Bataillons, bei welchem der Eintritt gewünscht wird. Dieser Meldung müssen beigefügt werden: a) Der Erlaubnißschein der Eltern oder Vormünder; b) das Zeugniß des Gymnasiums oder der Lehrer; c) eine Erklärung, in welcher Art der Freiwillige, wenn er seine eigene Equipirung bewirkt, solche zu beschaffen gedenkt; d) wenn eine schriftliche Meldung erfolgt, so ist zugleich ein Zeugniß eines Regimentschirurgus oder eines Stadt- oder Kreisphysikus beizufügen, daß nicht allein der sich Meldende mit keinen körperlichen Gebrechen behaftet, sondern auch sonst von hinlänglich robustem Körperbau ist, um die Beschwerden des Militärdienstes ertragen zu können.

Deutschland.

△ Wien, 29. Jan. Die seit vier Tagen erwartete Post aus Konstantinopel, welche Berichte bis zum 14. bringen soll, ist bis heute noch nicht eingetroffen. — Gestern Abend war großer Hofball, zu welchem gegen 2000 Personen der höhern Notabilitäten eingeladen waren. — Der Waarentransport von Währen nach Wien auf der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn ist auch während der strengen Jahreszeit ungemein scheinungslos: es fehlt manchemal an Transportwagen, um die Güter alle fortzuschaffen. — Im Uebrigen leiden alle industriellen Aktien unter dem Einfluß der

jetzigen politischen Konjunkturen, nämlich an dem Uebel des Mißtrauens. Die Rentner und Kapitalisten ziehen ihre Fonds aus diesen Unternehmungen heraus, und es wird eines ganz gesicherten Friedenszustandes bedürfen, um den Aktienverkehr wieder zu beleben. Die Entwaffnungsfrage beschäftigt daher die Handelswelt sehr angelegentlich, und man verwünscht den „bewaffneten Frieden“ Frankreichs, einen halben Zustand, aus dem man um jeden Preis, auch um den eines Krieges, nur mit Gewinn herauskommen wird. — Der Krankenstand im allgemeinen Krankenhause hat eine ungewöhnliche Höhe erreicht. Vergangene Woche war er bis auf 3970 Personen gestiegen. Es geschieht durch die verschiedenen öffentlichen Anstalten alles Ordentliche, um den bedrängten Armen während der strengen Jahreszeit zu Hilfe zu kommen. Bälle, Konzerte, und theatrale Vorstellungen zum Besten der Armen folgen Schlag auf Schlag, und bringen reichliche Unterstützungen ein. Die Damen des Adels veranstalteten schon die zweite Medoute zu diesem wohlthätigen Zwecke. — Der neue Finanzminister, v. Kübel, entwickelt in dieser Stellung eine Energie, welche von den erspriesslichsten Folgen ist. Die verbreiteten Gerüchte von Emission der reservirt liegenden 50,000 Stück Aktien der Nationalbank sind gänzlich grundlos. — Gestern feierte die Universität das fünfzigjährige Jubiläum des Präsides der Studien-Hofkommission und obersten Kanzlers, Grafen Mitrofsky, durch ein feierliches Te Deum in der Universitätskirche, wobei der Erzbischof fungirte. Sr. Maj. der Kaiser und sämtliche Erzherzoge ließen den Jubelkreis beglückwünschen, und der Monarch beehrte ihn mit einem eigenen Handschreiben. Graf Mitrofsky gehört der alten Aristokratie der Josephinischen Schule an, welche dem Verdienste jeden Ranges seinen Weg bahnte. — Die gestern aus Paris gekommene Nachricht von einer neuen Truppenaushebung von 80,000 Mann und die Motivirung des Marschalls Soult zu dem Gesetzentwurf über Errichtung einer Reservearmee haben hier Sensation gemacht. Wo noch keine Entwaffnung!

Wien, 29. Jan. Vergangene Woche starb hier die Herzogin Theresie v. Arenberg, geborne Gräfin Windischgrätz. Sie hatte sich seit Jahren in Wien aufgehalten, und genoss den Ruf einer ersten Wohltäterin der Armen. — Bei dem neulichen Kammerballe bemerkte man den Herzog Ferdinand von Sachsen-Koburg nebst seinem Sohn. In jüngster Zeit erscheint der Herzog wieder fleißig bei öffentlichen Gelegenheiten am Hofe, und wurde beinahe zu allen kaiserlichen Tagen eingeladen. — Die Gerüchte von einer außerordentlichen Rekrutirung, so wie von einem größern Anlehen zeigen sich als grundlos. In Ungarn findet gegenwärtig die auf dem letzten Reichstag beschlossene, in den andern Provinzen die alljährlich um diese Zeit vor sich gehende Aushebung statt. Daraus mögen jene Gerüchte entstanden seyn.

§ Von der Donau, Ende Jan. Was wir längst schon angekündigt, wird zu einer dringenderen Bedingung der fernern friedlichen Gestaltung der Angelegenheiten im Orient. Kein Staat hat loyaler die Verpflichtungen erfüllt, welche der Londoner Vertrag ihm auferlegte, als Oesterreich, keiner ist und war unbesangener bei der Frage. Oesterreich ist nicht zurückgewichen vor der Rücksicht, daß seine Mitwirkung zur Unterwerfung Mehmed Ali's Frankreich mißfallen werde, denn es wollte die Pforte von der drohenden Nachbarschaft eines unbotmäßigen Vasallen befreien, und damit zugleich bedrohlichen Wechselfällen für den Frieden Europa's vorbeugen. Diesen Zweck hat es ruhmvoll erreicht. Oesterreich that es, wie gesagt, zur Befestigung des Friedens, und die weit blinkende Politik des Staatsmannes, der dessen auswärtige Politik leitet, konnte durch eine zeitweilige Mißstimmung zwischen einzelnen Höfen nicht abgehalten werden, die in diesem Sinne für notwendig erachteten Maßregeln kräftig durchzuführen. Aber Oesterreich, das von der Vorsehung besonders berufen scheint, allen Extremen entgegen zu wirken, und Staatsmänner wie Völker zur Besonnenheit zurück zu rufen, wenn Leidenschaft oder Sonderinteressen ihrer Länder sie je dazu verleiten sollten, Oesterreich ist viel zu selbständig, als daß es, der Privatpartifaktion oder den besondern Plänen und Ideen zu Gefallen, die hier oder dort aufstauen oder im Hintergrund liegen könnten, weiter ginge, als es sich selbst vorgesetzt hat. Deshalb hat es, nachdem der wesentliche Zweck des Vertrages vom 15. Juli erfüllt war, und England sich beharrlich der erblichen Verleihung des Paschalls von Egypten an Mehmed Ali widersetzt, zuerst mit Ernst und

Nachdruck der Pforte die Nothwendigkeit vorgestellt, dem europäischen Frieden, dem sie eben ihre Errettung verdankte und zu dessen Befestigung der Londoner Vertrag abgeschlossen wurde, auch von ihrer Seite Opfer zu bringen. Wir beileben uns hinzuzufügen, daß Oesterreichs Rath und Ansicht bei seinen beiden alten und erprobten Verbündeten, bei Preußen und Rußland, völlige Beistimmung und Unterstützung fand. Wie nun auch das Personal des Divans beschaffen seyn mag, so konnte doch darüber kein Zweifel obwalten, daß die hohe Pforte keinen getreueren, uneigennützigern, und einsichtsvollern Verbündeten hat, als Oesterreich. An dem durch Redlichkeit und feste Haltung erworbenen moralischen Einfluß des Wiener Kabinetts auf die Pforte scheiterten denn auch alle Bemühungen Lord Ponsonby's. Frankreich wird nun hoffentlich einsehen, daß man seine Stellung als europäische Großmacht weder verkennen noch antasten will, und es ist alle Hoffnung vorhanden, daß es begreifen wird, wie die unheilvolle Politik der Isolirung, welche das Ministerium Thiers einschlug, keineswegs geeignet ist, Frankreichs Macht zu erhöhen, daß sie vielmehr einen Widerspruch gegen das System enthält, nach welchem die französische Regierung seit zehn Jahren handelte. Man verlangt von Frankreich nicht, daß es nachträglich dem Londoner Vertrage beitrete, denn dazu liegt keine Veranlassung vor. Syrien ist der unmittelbaren Herrschaft der Pforte wieder gewonnen, das ist eine vollendete Thatfache (weil man denn doch jenseits der Vogesen die Politik der „vollendeten Thatfachen“ erfunden hat und liebt), und unseres Wissens hat die französische Regierung zu keiner Zeit in Abrede gestellt, daß Syrien der Pforte gehöre. Zum Ueberflus hat Mehmed Ali förmlich darauf verzichtet, und es ist also Nichts mehr nachträglich zu ratifiziren oder gut zu heißen. Allein es sind Dinge von großer Bedeutung zu ordnen, zu denen Frankreichs Mitwirkung allerdings unerlässlich erscheint, da ihre Regulirung durch Staatsverträge in das allgemeine und für Alle günstige europäische Völkerrecht übergehen muß. Dahin gehört in erster Linie eine Uebereinkunft über die Durchfahrt oder vielmehr die Schließung des Bosporus, wie der Dardanellen, für Kriegsschiffe aller Nationen. Eine Anordnung in dieser Richtung wäre nothwendiger Weise unvollkommen, wenn eine große Seemacht, wie Frankreich, nicht dazu mitwirkte. Ferner mag die künftige Gestaltung der Dinge in Syrien weiterer Erörterung bedürfen, und da es sich auch hier von einer dauernden Anordnung handelt, so wäre wiederum Uebereinstimmung zwischen sämtlichen Großmächten wünschenswerth. Es versteht sich, daß in letzterer Beziehung nur von Rathschlägen die Rede seyn kann, welche die Großmächte der hohen Pforte ertheilen könnten, aber es werden dieselben imposanter seyn und besonders nachhaltiger wirken, wenn Uebereinstimmung hierüber im Rathe der Mächte herrscht. Gewiß denkt Niemand daran, auch aus Syrien eine Provinz mit abgesonderter Verwaltung bilden zu wollen, allein die Erfahrung hat bereits bewiesen, daß die Pforte zur Durchführung ihrer wohlwollenden Absichten, namentlich in Betreff ihrer christlichen Unterthanen, der Unterstützung für Syrien wohl noch bedürfen wird. Die Anarchie, welche dort herrscht, muß in eine heilsame Ordnung umgeschaffen werden, und Frankreich hat vielfach (wir erinnern nur an die Gründung des Bisthums Algier) bewiesen, daß es nicht vergessen hat, wie ihm in den muhamedanischen Ländern der Schutz der christlichen Kirche obliegt. Hierin wird es an Oesterreich eine eifrige Unterstützung finden, und lassen sich auch die frommen Wünsche in Betreff der heiligen Orte nicht so durchführen, wie sie, ziemlich unpraktisch, zum Vorschein kamen, so dürfte doch der jetzige Zeitpunkt besonders günstig erscheinen, den guten und eifrigen Willen der Pforte dahin zu leiten, daß jenen Ländern eine solche Ordnung und Einrichtung gegeben würde, welche wahrer Gerechtigkeit und religiösen Gefühlen zur Befriedigung, und den Mächten zur Ehre und zum Ruhm gereichten. England, Rußland, und Preußen werden bereitwillig mitwirken, der Pforte mit ihrem guten Rath in dieser Richtung beizustehen. Auch in politischer Beziehung, wie für den Zug des Handels von Europa nach Asien, insbesondere nach Indien und Persien, könnten durch damit in Verbindung stehende Anordnungen große Vortheile für das osmanische Reich, wie für alle europäischen Länder, erzielt werden. Eine Expedition konnte man ohne Frankreich vornehmen, aber dauernde, in das Völkerrecht aufzunehmende Anordnungen erfordern die Mitwirkung aller Mächte, und Frankreich wird sie nicht verweigern, denn sein Interesse, seine wohlverstandene Ehre erheischen es.

Berlin, 23. Jan. Nachstehender Zug beweist, daß unser verehrter Monarch sich noch immer im Besiz des Humors des Kronprinzen befindet. Als vor einiger Zeit die Hauptstadt mit dem vagen Gerüchte von einer strengen Kirchenordnung erfüllt war, fragte Se. Maj. an einem Sonntag Nachmittag einen ihrer Flügeladjutanten, ob er schon an dem Tage die Kirche besucht habe? Als er es verneinte, entgegnete der Gebieter: „Aber nach dem neuen Religionsedikt soll ja jeder Staatsbeamte vom Militär und Zivil jeden Sonntag in die Kirche gehen.“ — „Von einem solchen Gesetz“, erwiderte der Offizier, „weiß ich Nichts!“ — „Eigentlich“, sagte der Monarch lächelnd, „weiß ich auch Nichts davon, aber ganz Berlin weiß es auswendig.“ (Schl. B.)

Die Allgemeine Zeitung enthält ein Schreiben aus **Berlin**, wonach bei den Verhandlungen des Zollkongresses mancherlei Spezialinteressen eine hemmende Rolle zu spielen scheinen, und zwar sowohl von Seiten Preußens selbst, als von Seiten der Mittelstaaten. Der Korrespondent macht dagegen geltend, daß die finanzielle Auffassung doch nicht wichtiger sein dürfe, als die volkswirtschaftliche und politische, und sagt unter Andern: „Es ist Zeit, daß der deutsche Handelsstaat über die kleineren Interessen nicht mehr das größere allgemeine vergesse, daß er den nationalen Gesichtspunkt mit aller Kraft festhalte. Und wann konnte uns die innere Einigung mehr noth thun, als heute, wo der Nachbar im Osten die nachtheiligsten Maßregeln für unsere dortigen Grenzprovinzen verfolgt, und der im Westen alle seine Wünsche auf Eroberung der Rheingränge zusammenwirft? Wir sehen unsere alte Bedeutung auf der Ostsee geschmälert, unsern Einfluß, unsern Handel nach Polen und weiter östlich hin vernichtet; im Westen sehen wir Deutschland auf keinem Punkte mehr seine alte, natürliche, und sprachliche Gränze erreichen, die vom Saar nach den Vogesen, von hier durch Lothringen um Luxemburg und Belgien, mit Ausnahme bloß des wallonischen Keils im alten Ardennenwald, bis nach Dürenstrich geht; der ganze herrliche westliche Ländergürtel ist von Deutschland abgelöst, theils zu Frankreich geschlagen, theils in ungewisser Unabhängigkeit; und wir sollten uns noch immer nicht zu einer deutschen Haltung ermannen, nicht zu deutschen Grundsätzen erheben können? Dürfen wir wagen, einen Blick auf die deutsche Schweiz, auf Holland, auf Belgien zu werfen, dürfen wir hoffen, sie wieder inniger mit uns verbunden zu sehen, diese alten Bollwerke der deutschen Vertheidigung, der europäischen Freiheit, durch lebhaften Verkehr, durch Handel und gemeinsame Interessen sie wieder uns zugewendet zu sehen, so lange Deutschland selbst seine innere Handlung nicht zu Stande gebracht hat, so daß es noch nicht die Anziehung auf die verwandten Völker ausübt, die es auszuüben fähig ist?“

München, 31. Jan. Zu dem gestrigen großen Ball bei dem Herzog Max in Bayern war nicht nur das Offiziercorps der Garnison, sondern auch das der Landwehr geladen. Sr. Hoh. ist Kommandirender der Landwehr von Oberbayern und großer Gönner dieses Instituts, welches übrigens, um größere Bürgschaften für Fälle der Gefahr zu bieten, noch eines bedeutenden Aufschwunges bedürfte. (Schwab. M.)

Schweiz.

Bern. Uri verlangt in seinem Kreisreiben auch unverzügliche Entlassung der Truppen. — Die Schreiben von Uri und Ob- und Nidwalden an den Vorort sind zum Theil wörtlich gleich redigirt. Zug zeigt hingegen dem Vorort bloß an, daß es bei Aargau gegen den bundeswidrigen Akt der Aufhebung der Klöster protestirt und eine Modifikation des Dekrets verlangt habe. (Schw. Beob.)

Schwyz. Der Abt des Klosters Einsiedeln hat, als Vorstand der Benediktiner Klöster in der Schweiz, an den Vorort eine Protestation gegen den aargauischen Klosterbeschluß eingesandt. (Bas. B.)

Wallis. Die Regierung von Wallis hat ebenfalls, wie diejenige von Zug, gegen die Aufhebung der aargauischen Klöster protestirt. (Zürich. B.)

St. Gallen. Nicht ungerne vernehmen Sie vielleicht, wie man in unserm Kanton über die aargauischen Angelegenheiten urtheilt. Ich hatte in der letzten Zeit Gelegenheit, verschiedene Stimmen, und zwar in verschiedenen Theilen unseres Kantons, zu vernehmen, und beschränke mich vorläufig auf die Bemerkung, daß

man selbst evangelischer Seite mit der Aufhebung sämtlicher Klöster nicht einverstanden ist. Bestrafung der Schuldigen, gleichviel ob sie einen Kittel oder ein Ordenskleid tragen, wäre sicherlich nicht getadelt worden; die Ausdehnung der Maßnahmen aber auf Alle, ohne irgend welchen Unterschied, mißbilligen Viele, und zwar nicht bloß aus Rücksicht auf den Artikel 12. der Bundesakte, sondern weil das Aufhebungsdekret nur als eine politische Maßregel, nicht aber auch als auf dem Boden des Rechts stehend angesehen wird. (Zürich. B.)

Frankreich.

Paris, 31. Jan. Das Amendement des Generals Schneider ist gestern mit 236 gegen 175 Stimmen verworfen worden. Marschall Soult, der sich seine persönliche Meinung „reservirte“, gab noch einmal nicht undeutlich zu verstehen, das Befestigungsprojekt, wie es vorliege, scheine ihm nicht zweckmäßig, und versicherte, er nehme die Ringmauer nur so mit in den Kauf, wie etwa eine Verstärkung auf dem Schlachtfelde, deren man habe entbehren können. Als Präsident des Ministerraths unterstützte er sie dagegen und gehorchte damit einer Nothwendigkeit, da sich die Regierung in dieser Frage Verbindlichkeiten auferlegt habe, die er nicht mehr zurücknehmen könne. Ehe er sich gegen das Amendement des Generals Schneider ausdrückte, verlangte er noch Erklärungen von der Kommission, wie sie es hinsichtlich der Zeit und Ausführung der Arbeiten halten wolle. — Hr. Thiers unterbrach des Marschalls Rede zu mehreren Malen, und sein Auf: „Es scheint, man will den Berichterstatter bekämpfen, nicht den Bericht, Dies Alles ist eine Komödie!“ mischte sich mit den Ausdrücken des Ersämens, die von allen Seiten der Kammer über die seltsame Weise laut wurden, mit Vorderfragen ein Projekt anzugreifen, das man wieder mit Nachfragen billigt. Lag es in der Absicht des Kriegsministers, die Debatte zu verwirren, so ist ihm Das trefflich gelungen. — Hr. Guizot versuchte den seltsamen Eindruck zu verwischen, den die Rede des Ministerpräsidenten hervorgerufen hatte. Er erklärte wiederholt, das Ministerium sey dem in Rede stehenden Amendement entgegen, besonders deshalb, weil dasselbe vom politischen Standpunkte aus die moralische Wirkung des Gesetzes beeinträchtigen würde, welche darin bestehe, daß es möglichst einstimmig angenommen und nicht als Sieg einer politischen Partei betrachtet werden dürfe. Der Hr. Ministerpräsident habe seine Meinung über die wichtige Frage offen dargelegt, und es lebe gewiß Niemand, dem dazu ein größeres Recht zustehe. Wie er sich im Kabinettsrathe der Meinung der Mehrzahl seiner Kollegen gefügt, so habe er sich auf der Tribüne den freien Ausdruck seiner persönlichen Meinung vorbehalten. Der Hr. Ministerpräsident möge ihm zu Gute halten, wenn er bemerke, daß er auf dieser Tribüne nicht dieselbe Klarheit gezeigt habe, die ihm sonst so sehr eigen sey; man dürfe sich ja auch nicht wundern, wenn er nicht sehr geübt sey, rednerische Schlachten zu liefern. Männern von größerer parlamentarischer Gewandtheit, als der Hr. Marschall sie sein nennen dürfe, Männer, welche ihr Leben im Parlamente und nicht auf den Schlachtfeldern Europa's verlebten, hätten sich schon in derselben Lage befunden; Pitt und Canning hätten mehrmals wider Maßregeln gesprochen, zu denen der Vorschlag von dem Kabinete ausgegangen sey, dem sie angehört hätten. Freilich seyen Pitt und Canning Männer der Kammer und geschickt gewesen, sich den Schwierigkeiten einer solchen Lage zu entziehen. Der Hr. Marschall habe Ruhm an andern Orten gesucht und gefunden. — Hierauf schritt man zur Aregulung. (Das Unteramendement des Generals Fairbank, als nicht unterstützt, kam nicht zur Abstimmung.) Anzahl der Stimmen 411; absolute Mehrheit 206; weiße Kugeln 175, schwarze Kugeln 236; das Schneider'sche Amendement ist mit einer Majorität von 61 Stimmen verworfen.

Der Constitutionnel ist ganz glücklich, eines seiner alten Stichwörter wieder gefunden zu haben, das ihm seit einigen Jahren ausgegangen war: er hat die Jesuiten jetzt in der Schweiz entdeckt, altho auch die Katholiken sich einbilden, öffentliche Rechte zu haben.

Das Commerce nimmt großes Regerniß an dem Umstande, daß auf dem letzten Hofballe so viele englische Uniformen zu sehen gewesen, und überdies ein englischer Offizier die „Waterloomedaille“ getragen habe. Und Dies geschehe trotz der „Manifestationen der Presse“ bei einer neulichen Gelegenheit. Diese Manifestationen der Presse sind nämlich die standalösen Aeußerungen, womit man die

Leichenfeier Napoleons für „besetzt“ erklärte, weil ein preussischer Offizier in der Uniform seines Landes an dem Zuge Theil genommen hatte!

(Vorzeitung.) Frankreich steht am Toiletentisch und pudert sich. Im nächsten Frühjahr, sagte der Minister Guizot prophetisch, wird Frankreich einem hübschen Mädchen gleichen, um dessen Gunst sich Jedermann bewirbt. Ob der neue Gürtel, welchen Paris erhalten soll, diesen Liebreiz hervorbringt, oder ob der Frühling mit der Natur auch das französische Volk verjüngt, wissen wir nicht.

— Paris, 31. Jan. Man brachte gestern nur den Abendgesellschaften bei Hrn. von Lamartine und dem Grafen Rambuteau, dem Präfekten von Paris, beizuwohnen, um den augenscheinlichen Beweis zu haben, in welchem grellen Widerspruche das gestrige Votum der Kammer mit der innern Ueberzeugung der Mehrheit der Deputirten steht. In diesen beiden Sotireen zusammen zählte man nicht weniger als zweihundert Deputirte, welche laut gegen den Befestigungsentwurf eiferten, und doch ergibt sich aus der Abstimmung über das Schneider'sche Amendement, daß von diesen Deputirten wenigstens 30 bis 35 indirekter Weise zu Gunsten der Befestigung votirt haben. Aber wir leben leider in einer Zeit, wo die Ehrsucht und der Eigennutz, wenigstens in Frankreich, ihren höchsten Kulminationpunkt erreicht haben. — Was die Bitten und Vorstellungen des Hofes bei einer Anzahl unabhängiger Mitglieder nicht erlangen konnten, das wurde zuletzt durch die Furcht bewirkt. Der Minister des Innern, Graf Duchatel, welcher in dieser Angelegenheit ganz das Werkzeug des Königs abgegeben hat, insinuirte nämlich einigen widerwärtigen Deputirten ganz im Vertrauen, wie das Kabinett vom 29. Oktober die Absicht habe, den seit der vorjährigen Kammerversammlung auf sich beruhenden geliebten Remilly'schen Vorschlag, wonach die Staatsbeamten in Zukunft von der Volkvertretung ausgeschlossen sein sollen, oder im Fall der Amtebeförderung eines solchen Deputirten wenigstens keine Wiedererwählung stattfinden dürfte, nunmehr kräftig zu unterstützen. Durch diese Drohung eingeschüchtern, haben nun die meisten öffentlichen Beamten, welche im rechten und linken Centrum der Kammer sitzen, gegen das Schneider'sche Amendement gestimmt, und werden vermuthlich zu Gunsten der Befestigung von Paris eine weiße Angel in die Stimmurne werfen. Es handelt sich bei diesen Leuten jetzt nicht mehr darum, nach Pflicht und Gewissen, sondern pro aris et locis zu stimmen. — Die Verwerfung des Schneider'schen Amendements kam so unerwartet, daß am Schlusse der Börse gestern die Annahme desselben als bestimmte Nachricht in Umlauf war, auf welche hin die öffentliche Rente sofort bedeutend stieg. Zwar hofft man noch immer, daß das gestrige Votum keine Vorbedeutung für die schließliche Annahme des Befestigungsentwurfes sein werde, da es Morgen noch zu ernsthaften Debatten über die Frage gleichzeitiger Ausführung der Ringmauer und der detaschirten Forts kommen wird. Die H. H. Colbery, Lamartine, Dufaure, Passy werden abermals das Wort nehmen, und auf die entschiedenste Weise jedem Befestigungsplan entgegenzutreten. Indes erwarte ich ein entscheidendes Resultat nicht so sehr von der parlamentarischen Erörterung, denn sobald das pekuniäre Interesse („auri sacra lames“) mit ins Spiel kommt, so haben die in der Kammer sitzenden öffentlichen Beamten gewöhnlich taube Ohren, sondern vielmehr von dem Bewußtsein, welches das gestrige Votum unter den Mitgliedern des Kabinetts selber hervorgebracht hat. Marschall Soult ist nämlich so erbost über die Art, wie ihn Hr. Guizot gestern vor der Kammer geschulmeister hat, daß er sofort zum König fuhr, um ihm anzukündigen, daß er gleich Hrn. Feste seine Entlassung einzureichen entschlossen sei. Die Kammer selbst hat ihren lauten Unwillen über die gestrige Rede des Hrn. Guizot nicht zurückgehalten, da der Minister der auswärtigen Angelegenheiten förmlich die Rücksicht der Kammer zu Gunsten des Marschalls erbat, weil dieser gleich dem berühmten Witt nicht die Gabe der freien Beredsamkeit besitze, und daher „aus dem Stegreif“ ganz anders gesprochen habe, als er es eigentlich meinte. Dazu ist jedoch zu bemerken, daß Marschall Soult, so oft er über den Befestigungsplan das Wort nahm, seine Rede jederzeit im voraus durch seinen Sekretär niederschreiben ließ, und dieselbe der Kammer vorlas, nicht aber extemporierte. Es gehört ein feiner

Muth dazu, eine im Angesicht dieser Thatfache so ungereimte Behauptung mit dem stolischen Grusse des Hrn. Guizot vorzutragen. — Heute früh versammelten sich alle Minister in den Tuilerien, und in dem Augenblick, wo ich Ihnen schreibe, (es ist halb 3 Uhr und die Post geht, als am Sonntag, um 3 Uhr ab) ist der Ministerrath noch beisammen. Da wird sich denn entscheiden, ob Marschall Soult im Kabinett bleibt, oder nicht. Zieht er sich zurück, so ist es für Hrn. Guizot, bei seiner Herrschsucht und seinen unverträglichsten Formen, eine rein unmögliche Sache, unter seiner Präsidentschaft ein neues Ministerium zu bilden. Wir stehen sonach auf der Schwelle zu einer ernstlichen Ministerkrise, und da hiezulande das Unwahrscheinlichste in wenigen Stunden zum Höchstwahrscheinlichen wird, so könnte dieselbe ganz wohl mit dem Eintritt des Hrn. Thiers in das Ministerium enden. Wenigstens will man wissen, daß Ludwig Philipp dem Expräsidenten vom 1. März zum Lohn seiner bei der Befestigungsfrage bewiesenen Geschmeidigkeit wieder eine Zukunft in Aussicht gestellt habe, und da Hr. Guizot nicht mit der ganzen Energie, welche Se. Maj. wünschte, sich in die Befestigung geworfen hat, so ist sein Vorteseuille eben nicht als affektirt zu betrachten, wenn er keine Nothwendigkeit mehr ist. Unter den gegenwärtigen Umständen kann von Annahme eines Vorteseuille's von Seiten des Grafen Molé und des Hrn. v. Lamartine nicht mehr die Rede sein, sondern das neue Kabinett würde aus den verschiedenen Schattirungen der Linken und des linken Centrums gebildet werden. — Deutschland hat wohl Recht gehabt, daß es durch die süßen Versprechungen des Hrn. Guizot sich nicht einschläfern ließ, sondern seine Rüstungen vervollständigte. Die Rückkehr des Hrn. Thiers an das Staatsrud der würde der Vorbote neuer Drohungen Frankreichs, und der Krieg dann unvermeidlich sein. Ich will gerne hoffen, daß meine trüben Ahnungen sich nicht so bald bestätigen mögen, allein ich bitte Sie, zu glauben, daß meine Worte nur der Nachhall hellsehender und erfahrener Staatsmänner sind, und daß ich es mir zur Pflicht anrechne, mit meiner ob auch schwachen Stimme nach Deutschland hinüber zu rufen: Die Gefahr ist noch nicht vorüber, sondern ihre wahre Stunde wird schlagen, wenn jemals das Ministerium Thiers wieder auflebt!

Schweden.

Stockholm, 22. Jan. Der Konstitutionsausschuß hat mehrere Beschlüsse zu dem endlichen Vorschlage wegen Umgestaltung der Nationalrepräsentation gefaßt. Darnach würde die Reichsversammlung aus zwei Kammern bestehen, die erste von 175, die andere von 75 Mitgliedern. Letztere würden für drei Sessionen gewählt, so daß für jeden Reichstag ein Drittheil austräte, und durch Wahl von Seiten der ersten Kammer ergänzt würde. Der Wahlstrifte, in welchen die erste Kammer gewählt würde, sollten 475 sein, wovon die Städte 30 erhielten.

(Frankf. D. B. A. Z. ohne Angabe der Quelle.)

Baden.

Das großherzogliche Staats- und Regierungsblatt Nr. V., vom 1. Februar, enthält eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern in Betreff der Ergänzungskonstriktion für das Jahr 1841. Dieselbe vertheilt sich nach dieser amtlichen Uebersicht, wie folgt: Altersklasse für 1837, Zahl der konstriktionspflichtigen Mannschaft 8,020; zu stellen 917 (Seckreis 111, Oberrheinkreis 250, Mittelrheinkreis 320, Unterrheinkreis 236); Altersklasse für 1838, Zahl der pflichtigen Mannschaft 9,341; zu stellen 1,064 (Seckreis 152, Oberrhein 291, Mittelrhein 358, Unterrhein 263); Altersklasse für 1839, Zahl der pflichtigen Mannschaft 11,567; zu stellen 1,322 (Seckreis 181, Oberrhein 365, Mittelrhein 446, Unterrhein 330); Altersklasse für 1840 (mit Zurechnung der bereits ausgehobenen 1135), Zahl der pflichtigen Mannschaft 10,777; zu stellen 1,232 (Seckreis 173, Oberrhein 339, Mittelrhein 415, Unterrhein 305).

Großh. Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, den 4. Februar 1841: Zum ersten Male: Der Mulatte. Lustspiel in 3 Aufzügen, nach dem Französischen von Th. Hell.

Samstag, den 6. Februar 1841: Zum Vortheil der Armen: Der Diamant des Geisterkönigs, Zauberposse mit Gesang von Raimund.